

Neufling...



Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für den Kreis Teltow
Amtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow

Das Teltower Kreisblatt erscheint werktäglich. Bezugspreis monatlich RM. 1,60; durch Boten ins Haus gebracht RM. 1,85; durch die Post zugestellt RM. 1,96. — Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, Briefträger und unsere Nebenstellen im Kreise Teltow. — Anzeigen lt. aufliegender Preisliste 17. — Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lützowstr. 87. — Fernruf: B 2 Lützow 0671. — Zahlungen: Postsparkonto Berlin Nr. 249 19. — Bankkonto: Girokonto Nr. 2887 bei der Sparkasse des Kreises Teltow - G., Berlin W 35. — Gerichts- und Erfüllungsort: Berlin-Schöneberg.

Die Doppelzüngigkeit der Sowjetregierung

Die „Times“ brandmarkt den Moskauer ungereimten Dualismus

Internationales Mißtrauen unabwendbar

Die heutigen Neujahrsempfänge beim Führer

London, 10. Januar. Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel, daß die Begegnung der Räteregierung, die habe mit der kommunistischen internationale nichts zu tun, ein Meißelstück der Bolschewikerei sei, aber der Unversöhnlichkeit. Die ewig gleichbleibende Antwort auf alle Klagen über die ausländische Betätigung der „Agentur für Weltrevolution“ ist genau so, wie wenn man sagen würde, daß Stalin, der Leiter der Räteregierung, keinerlei Verantwortung für die Handlungen Stalins, des führenden Mitgliedes des Völkerverbands der Kommintern übernehmen könne. Das Blatt stimmt an die Behauptungen des Sekretärs des kommunistischen Verbandes „Komintern“, Kolaroff, der Stalin kürzlich als Führer begrüßt habe, der den jungen Kommunisten den Weg zeige, daselbe im Auslande fertig zu bringen, was ihre Väter in Rußland getan haben. Kolaroff habe erklärt: „Wir jungen Leute der Räterepublik, geführt von großen Stalin, haben eine außerordentlich schwierige und sehr wichtige geschichtliche Aufgabe — nämlich zu entscheiden, wer soll wen in der ganzen Welt vernichten.“

Hier, so schreibt die „Times“, sehe man keinen Unterschied zwischen den beiden Stalin. Die kommunistische Bewegung sei in ihrer Organisation ein Einziges und Unteilbares, ihr führender Mittelpunkt sei so eng mit der Räteregierung verbunden, daß ein Mißklang zwischen den beiden die Festlegung des Kommunismus mit sich bringen würde. Der russische Vorwand täusche niemanden, er sei nicht eine bloße Bekämpfung oder noch etwas Schlimmeres, sondern die Beziehung der Sowjetrepublik mit anderen Ländern. Als die Räteregierung in der Völkerbund eingetreten sei, habe sie sich einer internationalen Gemeinschaft angeschlossen, deren Gesetz dieser „ungereimten Dualismus“ nicht aufhebe. „Zwei Geschäfte unter verschiedenen Namen durch-

zuführen, das eine offen und in einer Völkervereinigung, das andere heimlich und unterirdisch, um die Regierungen anderer Staaten zu unterminieren und ihre Ordnung umzuformen, ist mit der Feindschaft oder Ehenhaftigkeit unverträglich. Die Folge internationalen Mißtrauens kann kaum etwas anderes sein als internationales Mißtrauen. In Genf liebte die Sowjetregierung mit der Sache des Friedens zwischen den Nationen. Aber Friede und gute Ordnung innerhalb der Nationen ist kein weniger erstrebenswertes Ziel. Das Verbrechen des Bürgerkrieges zu planen und sich gleichzeitig zu dem Grundgesetz der internationalen Friedens zu bekennen, ist ein kommunistischer Widerspruch. Staaten, die diese Regel befolgen, werden es schwierig finden, ihren Nachbarn die Treue zu halten. Und noch schwieriger, ihr Vertrauen zu finden. Sie errichten eine Schranke der Verdächtigung gegen sich selbst.“

Die Abwehrfront Südamerikas gegen den Kommunismus.

Ausnahmezustand in Venezuela.

Die südamerikanischen Staaten gehen jetzt nacheinander scharf gegen den Bolschewismus und seine Anhänger vor. Nach Brasilien und Paraguay hat nunmehr auch Venezuela eine energische Maßnahme gegen kommunistische Umtriebe im Lande ergriffen. Von dem Präsidenten, General Contreras, ist über ganz Venezuela der Ausnahmezustand verhängt worden. Es sind Verordnungen erlassen worden, durch die die gesamte illegale Tätigkeit kommunistischer Agenten im Lande unterbunden werden soll.

Seute mittags 12 Uhr ging beim Führer der feierliche Neujahrsempfang der fremden Botschafter und Gesandten, der sonst am 1. Januar stattfand, im „Haus des Reichspräsidenten“, Wilhelmstraße 73, in der üblichen Form im Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, vor sich. Um 11.30 Uhr begann die Aufahrt der ausländischen Missionen, denen im Ehrenhof des Palais die Ehrenwache des Heeres die vorgeschriebenen militärischen Ehrenbezeugungen erwies. Obwohl das Wetter trüb und regnerisch war, hatte sich gleichwohl eine große Menschenmenge in der Wilhelmstraße eingefunden, die die Aufahrt der Diplomaten mit großem Interesse verfolgte.

Um 11 Uhr ging der Empfang der Vertreter der Wehrmacht im „Haus des Reichspräsidenten“ voraus. Der Führer und Reichsminister nahm die Glückwünsche der deutschen Wehrmacht entgegen, als deren Vertreter der Reichswehrminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, Generaloberst v. Fritsch, beim Führer und Reichsminister des Heeres, General der Artillerie Freiherr von Frick, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Admiral Dr. e. h. Raeder, und der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, General der Flieger, Hermann Göring, beim Führer und Reichsminister erschienen.

Die Ehrenwache im „Haus des Reichspräsidenten“ erwies bei der Aufahrt der Vertreter der Wehrmacht die vorgeschriebenen militärischen Ehrenbezeugungen. Bei Redaktionschluss lag der amtliche Bericht über die Auftritte des Obersten des Diplomatienkorps, des Apostolischen Nuntius Monsignore Cesare Orsenigo, sowie über die Antwort und den Dank des Reichskanzlers noch nicht vor.

Japan ist unnachgiebig

Japan hält an seinen Flottenforderungen fest

Tokio, 10. Januar. Während Tokio Kitaki Kitaki aus London erklärt haben will, daß die Flottenkonferenz bereits endgültig gescheitert ist, und diese Meinung bereits durch den Extraktat verstanden hat, ist im japanischen Auswärtigen Amt hierüber, wie der Sprecher am Freitag morgen erklärte, noch nichts bekannt. Der Sprecher betonte jedoch, daß kein festes Versprechen zu erwarten sei, solange nicht Japans Forderung auf eine gemeinsame obere Rüstungsgrenze, die im Interesse der Weltfriedensmöglichkeit niedrig zu halten ist, angenommen sei. Nur so könne ein Angriff verhindert und Sicherheit gesichert werden. Japan habe lange, nach allen Seiten offene Beziehungen und Verbindungen zu verschiedenen Ländern der Vereinigten Staaten und England in dieser Beziehung angeknüpft. Zur Frage etwaiger Zugeständnisse Japans gegenüber England erklärte der Sprecher, er halte die Förderung dieser Angelegenheit für unangebracht, da die Frage der Gleichberechtigung bisher noch nicht gelöst sei.

einer erneuten Besprechung des Manes bereit erklärt habe, bedeute keineswegs, daß der englische Widerstand gegen die japanische Gleichheitsforderung nachgelassen habe. Das einzige, was man sich heute noch von der Konferenz erhoffe, sei eine Vereinbarung zwischen den übrigen Ländern, nämlich England, Amerika, Italien und Frankreich. — Der Flottenberichterstatter der „Morning Post“ meldet, daß der Führer der japanischen Abordnung, Admiral Nagano, demnach Glückwunschkommunikationen aus allen Teilen Japans zu seinem festen Auftritte auf der Flottenkonferenz erhalte.

In einem Leitartikel richtet der „Daily Telegraph“ eine ernste Mahnung an Japan und die Vereinigten Staaten, vor einer Politik des Flottenwettlaufes Abstand zu nehmen und in letzter Stunde einen Zusammenbruch der Konferenz zu verhindern. — Der Marinemitarbeiter der „News Chronicle“ meint, daß hinter dem zähen Festhalten Japans an der Gleichheitsforderung ein politisches Mandat vorliegen sei. In einigen Kreisen glaubt man, daß Japan letzten Endes darauf abziele, politische Zugeständnisse um Ferner Osten als Preis für seine etwaige Zustimmung zu einem Flottenabkommen zu erhalten.

bestimmten Ansicht, daß alle Gesichtspunkte dieser Frage in Genf eingehend erörtert werden müßten, bevor eine Entscheidung fallen kann. Eine solche Entscheidung müßte die unmittelbaren und möglichen Folgen der Desartikulation in Rechnung ziehen, sowie ihre wahrheitsgemäße Wirksamkeit und ihre Erwinlichkeit. Der Leitgedanke müßte dabei die baldmöglichste Wiederherstellung des Friedens sein.

Der britische Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, der sich am Donnerstag sowohl mit Baldwin als auch mit Eden eingehend unterhalten hat, wird am übernächsten Montag wieder in Rom sein.

Der politische Berichterstatter des „Daily Express“ schreibt, daß England auf der Völkerbundsversammlung nicht auf eine Delphera bringen werde. Man werde erklären, daß die Wirksamkeit der bestehenden Maßnahmen ausreicht und daher eine neue Sanktion, die Kriegsgefahr mit sich bringe, unnötig sei. In London einlaufenden Berichten zufolge sind sowohl die innere Wirtschaftslage Italiens als die militärische Lage in Abyssinien ernst. Der Berichterstatter meint, daß innerhalb der nächsten drei Monate mit einem neuen Friedensvorschlag zu rechnen sei.

Deutsche Unterrichtssprache im deutschen Memelland.

Direktorium Baldischus stellt alte Schulordnung wieder her. Das deutsche Memellanddirektorium Baldischus hat die Schulverordnung des vorangegangenen Direktoriums Brubaldisch vom 24. September 1934 über die Unterrichtssprache in den Volksschulen des Gebietes, nach der u. a. von den 228 memelländischen Volksschulen nur sechs mit deutscher Unterrichtssprache versehen werden sollten, aufgehoben und die vorher geltende Schulordnung wieder in Kraft gesetzt.

Das Direktorium hat ferner beschlossen, daß die Wahlen zu den Kreisräten der drei Kreise des Memelgebietes am Montag, dem 24. Februar, stattfinden haben.

Die Londoner Presse sehr pessimistisch

London, 10. Januar. Die Morgenpresse ist allgemein der Ansicht, daß die Londoner Flottenkonferenz dem Zusammenbruch entgegenreize. Mit einer Veränderung der japanischen Forderung nach einer gemeinsamen oberen Rüstungsgrenze ist kaum mehr zu rechnen. Es ist zwar sehr wahrscheinlich, daß der japanische Plan auf Veranstaltung Englands, das einen Zusammenbruch verhindern möchte, in der nächsten Sitzung am Montag besprochen werde. Die Blätter sind jedoch davon überzeugt, daß die japanische Gleichheitsforderung von den übrigen Abordnungen endgültig abgelehrt werden wird. Die Tatsache, daß die englische Abordnung sich zu

Delipierre überhaupt noch notwendig?

London, 10. Januar. Aus Mitteilungen der Freitag-Morgenblätter geht hervor, daß sich die britische Regierung bis auf weiteres noch nicht für oder gegen eine Delipierre gegen Italien festlegen wird. Wie der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, wolle die englische und die französische Regierung zunächst die genaue Bedeutung feststellen, die der Roosevelt'schen Neutralitätserklärung beigemessen sei. Die beiden Regierungen wünschen eine Klärung verschiedener Punkte, bevor ihre Außenminister am 20. Januar nach Genf gehen, wo die Frage der Delipierremaßnahmen möglicherweise erneut aufgeworfen wird. Die britische Regierung sei der